



Die soziale Schieflage der europäischen Krisenpolitik

EU-in-BRIEF | Ausgabe 4-2013

Von Jo Leinen, MdEP

Beim Versuch Zypern vor dem Bankrott zu retten, offenbaren die Staats- und Regierungschefs, dass sie den Alltag der Menschen aus dem Blick verloren haben. Ein Desaster für die europäische Integration, schreibt der Europaparlamentarier und Präsident der Europäischen Bewegung International Jo Leinen.

Seit nunmehr drei Jahren eilen die Staats- und Regierungschefs von Gipfel zu Gipfel, um die Krise in den Griff zu bekommen. Doch wer versteht noch, worüber es bei den Treffen der Staats- und Regierungschefs geht? Es ging um den Aufbau der „Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität“ (EFSF) und den permanenten „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM). Es ging um die bessere Wirtschaftskoordination im Rahmen des „Europäischen Semesters“, um „Ex-ante Koordinierung“, „länderspezifische Empfehlungen“ und um neue Aufsichtsmechanismen durch das „two-pack“ und das „six-pack“. Dies ist der Alltag der Gipfelpolitik.

In der gleichen Zeit hatten die Europäerinnen und Europäer ganz andere Sorgen. An den Küchentischen wurde nicht diskutiert, ob eine „zusätzliche fiskalische Kapazität“ für die Eurozone sinnvoll ist oder nicht. Vielmehr treibt die Menschen, ob sie ihren Wohlstand und sozialen Standard sichern können, ob Kinder einmal ein genauso gutes Leben führen können wie ihre Eltern, ob jeder – unabhängig von der Herkunft – die Chance zum sozialen Aufstieg hat und der Zugang zu

guter Bildung gewährleistet ist. Die Menschen fragen sich, wieso die Banken als Verursacher der Krise Bonuszahlungen in nie dagewesener Höhe ausschütten können, während die normalen Löhne stagnieren und Sozialleistungen gekürzt werden, da das Geld für die Rettung ebendieser Banken gebraucht wird.

An den Küchentischen wird Europa ganz anders diskutiert als auf dem EU-Gipfel

In Spanien fragen sich mehr als die Hälfte der Jugendlichen, wie sie sich eine Zukunftsperspektive erarbeiten sollen, wenn sie arbeitslos sind oder prekäre Arbeitsverhältnisse allenfalls das „Überleben“, nicht aber ein erfülltes Leben sichern. Und in Griechenland, wo der Staat nach einem Jahr Arbeitslosigkeit nahezu keine Unterstützung mehr gewährt, geht es oftmals nur darum, am Abend etwas zum Essen auf den Tisch zu bringen. Dies ist der Alltag der Menschen.

Beim Europäischen Rat am 14./15. März sollte es endlich um Sozial- und Wirtschaftspolitik gehen – eine Gelegenheit also, die alltäglichen Probleme der Bürgerinnen und Bürger ins Zentrum zu rücken und reale und handfeste Antworten darauf zu geben. Dass das Thema erst beim Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates debattiert wird – der traditionell ohnehin den Bereichen Wirtschafts- und Sozialpolitik gewidmet ist – zeigt die Schieflage der Krisenpolitik. Spekulierten „die Märkte“ mal wieder gegen einen Euro-Staat oder drohten Banken pleite zu gehen, so eilten die Staatenlenker umgehend nach Brüssel, um der Lage durch ein neues Instrument mit einer unverständlichen Abkürzung zu begegnen. Die wirtschaftliche Stagnation, die Verarmung weiter Teile der Bevölkerung in einigen Mitgliedstaaten, die Perspektivlosigkeit der Jugend und die tickende Zeitbombe der ungleichen Wohlstandsverteilung haben aber noch zu keinem einzigen Sondergipfel geführt.

Sondergipfel gibt es nur zur Bankenkrise, nicht zur Perspektivlosigkeit der Jugend in Europa

Man muss schon als Fortschritt verbuchen, dass sich auf vehementen Druck des Europäischen Parlaments und des französischen Staatspräsidenten zumindest die Rhetorik auf den Gipfeln gewandelt hat. Statt bedingungslosem Spardiktat wird nun von einer „differenzierten, wachstumsorientierten Haushaltskonsolidierung“ gesprochen und „die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Bewältigung der sozialen Folgen der Krise“ haben laut Ratschlussfolgerungen oberste Priorität. Sieht man jedoch genauer hin, so finden sich kaum konkrete Maßnahmen, die über den vagen Hinweis hinausgehen, dass der bereits im Juni 2012 beschlossene, 120 Milliarden

Euro schwere Wachstumspakt schnellstmöglich umgesetzt werden soll – nicht gerade Material für eine Titelstory. Wer sich Antworten auf die Sozialkrise erhofft hatte, wurde bitter enttäuscht. Stattdessen die üblichen Nachrichten: Zypern benötigt ein Rettungspaket, welches der Größe der jährlichen Wirtschaftsleistung des kleinen Inselstaates entspricht. Mal wieder ging es um Sparauflagen und es wurde um Milliardenbeträge gefeilscht, von denen der normale Bürger nichts sieht. Im Gegenteil, der richtige Ansatz, die Anleger der Banken, welche immense Summen russischen Schwarzgeldes in Zypern geparkt haben, an den Kosten der Bankenrettung zu beteiligen, führte zu der Forderung nach einer einmaligen Zwangsabgabe. Diese hätte die kleinen Sparer Zyperns empfindlich getroffen.

Es ist erschreckend, dass ein Freibetrag für kleine Vermögen zunächst nicht einmal in Betracht gezogen wurde. Man muss sich die öffentliche Wirkung diese Nachricht vor Augen halten: Im Rahmen des Gipfels, der sich eigentlich um die soziale Misere in Europa drehen sollte, wird beschlossen, die Einlagen von Kleinanlegern anzuzapfen, um Geld für die Bankenrettung zu beschaffen. Dabei spielt es keine Rolle, dass das Rettungspaket formal von den Finanzministern im Anschluss an den Europäischen Rat beschlossen wurde. Obwohl die Entscheidung nach heftigen Protesten revidiert wurde und kleine Vermögen von der Abgabe verschont werden, bleibt der negative Eindruck einer EU haften, die sich (mal wieder) nur um die Banken gekümmert hat. Die Herzen und Köpfe der Europäerinnen und Europäer gewinnt man so nicht.

Wir brauchen endlich einen Sozialpakt!

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist wichtig und auch die fiskalpolitische Überwachung, die wirtschaftspolitische

Koordinierung und die Schaffung einer Bankenunion sind notwendig, um die Krise endgültig zu überwinden und ähnliche Krisen in Zukunft zu verhindern. Doch es darf nicht der Eindruck entstehen, die EU kümmere sich nur um makroökonomische Zusammenhänge und würde die Menschen dabei vergessen. Wir brauchen deshalb endlich einen Sozialpakt, wie er vom Europäischen Parlament schon lange gefordert

wird: Gemeinsame soziale Mindeststandards, gerechte Löhne, bezahlbarer Wohnraum, eine gerechte Verteilung der Steuerlast und die Bekämpfung von Steuerhinterziehung – diese Themen hätten für Nachrichten sorgen sollen.

Ohne Zweifel haben die Staats- und Regierungschefs eine große Chance vertan.

Über den Autor

Jo Leinen, MdEP ist Vorsitzender des Verfassungsausschusses (AFCO) a.D. Seit Ende 2011 steht er als Präsident der Europäischen Bewegung International (EMI) vor.

Kontakt: jo.leinen@europarl.europa.eu

Beim Zitieren dieses Artikels verweisen Sie bitte auf: http://www.netzwerk-ebd.de/fileadmin/files_ebd/eu-in-brief/EBD_PUB_EU-in-BRIEF_04_2013.pdf

Impressum

EU-in-BRIEF | Analysen – Positionen – Vorausschau ist ein kostenloses Informationsangebot im PDF-Format des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland.
ISSN-Nummer: 2191-8252

Zitier-Hinweise: Bisher wurden keine verbindlichen Regeln zur Zitierweise digitaler Publikationen geschaffen. Daher bitten wir, folgende Angaben zu übernehmen, wenn Sie einen unserer Texte zitieren möchten: Autoren des Textes, Titel des Textes, Internetadresse wie angegeben. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

© **Europäische Bewegung Deutschland e.V.**

Sophienstr. 28/29 | D-10178 Berlin
T +49 30 3036201-10 | F -19
info@netzwerk-ebd.de

Herausgeber: Bernd Hüttemann (V.i.S.d.P.)

Mehr Wissen!

Auf der Website der EBD erfahren Sie alles Wesentliche über unsere Organisation und können kostenfrei auf eine Vielzahl von Informationen zu Europa zugreifen: <http://www.netzwerk-ebd.de>

Die Europäische Bewegung Deutschland e.V. ist institutioneller Partner des Auswärtigen Amtes.